

Das Werk Oskar Langes

Jiří Kosta

Der Name Oskar Langes wird im deutschsprachigen Raum meist nur mit seinem zweibändigen Lehrbuch der Politischen Ökonomie (Frankfurt a. M./Wien, o. J.), der bislang nicht übersetzten Studie »On the Economic Theory of Socialism« (Minneapolis 1938) und dem seinerzeit erschienenen Sammelband »Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft« (Wien 1964) verbunden. Es ist daher ein um so verdienstvolleres Unterfangen von Halina Jaroslawska (Universität Bremen), daß sie nun in deutscher Übersetzung eine Reihe hierzulande unbekannter Arbeiten zusammen mit der vielzitierten Arbeit zur ökonomischen Theorie des Sozialismus herausgegeben hat.* Um es gleich vorwegzunehmen: der interessierte Leser wird in diesem Buch eine Fülle tiefgehen-

der, anregender und vielfach auch neuartiger Gedanken und Informationen finden.

Der sinnvoll geordnete Band enthält vier aufeinanderfolgende Themenkreise: Der erste von ihnen umfaßt drei Aufsätze zur Frage der Bedeutung der marxistischen und der traditionell-westlichen Wirtschaftstheorie. Im folgenden Abschnitt (drei Studien) wird eine Analyse des amerikanischen Wirtschaftssystems mit ökonomischen und gesellschaftlichen Reformvorschlägen verknüpft. Die ökonomische Theorie des Sozialismus, ein kurzer Essay vom Jahre 1965 und schließlich ein konkretes, für westliche Industrieländer gedachtes Sozialismuskonzept bilden den Kernteil des Buchs. Den Band beschließen drei Aufsätze, in denen die Grundzüge und Reformdiskussionen osteuropäischer Planungssysteme — vor allem des sowjetischen und des polnischen — dargestellt werden.

Die Hauptgedanken des Aufsatzes *Marxsche Ökonomie und moderne Wirtschaftstheorie* (1935) heben als gravierenden Vorzug der Marxschen ökonomischen Theorie seine auf die soziologisch-institutionelle Analyse zurückzuführende Prognosefähigkeit hervor; dies habe sich in der Vorhersage der langfristigen Konzentrationsprozesse (»Akkumulationstheorie«) erwiesen. Die Überlegenheit dieser Theorie beruhe jedoch nicht »auf den von Marx verwendeten Kategorien«, insbesondere der Arbeitswertlehre. Hinsichtlich der Lösung von »Alltagsphänomenen einer kapitalistischen Wirtschaft« — etwa im Bereich der Preisbildungs- oder der Geldpolitik — muß jedoch die moderne »bürgerliche« (dieses Wort wird auch von Lange immer nur in Anführungszeichen gesetzt) Ökonomie herangezogen werden. Ansonsten wird auch für die Sozialismustheorie — ein Gedanke, der später

* Oskar Lange, *Ökonomisch-theoretische Studien*, herausgegeben von Halina Jaroslawska, mit einem Vorwort von W. Brus, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. — Köln 1977, 394 Seiten.

weiterentwickelt wird — die Bedeutung der neueren mikroökonomischen Analyse in bezug auf eine rationale Allokation der Ressourcen herausgestellt.

Eine wichtige Ergänzung unserer Kenntnisse über den Anfang der Wertgesetzdebatte in der Sowjetunion, die in der theoretischen Zeitschrift »Unter dem Banner des Marxismus« — vermutlich unter Mitwirkung Stalins (vgl. Alec Nove, *The Soviet Economy*, 3 d ed., London 1968, S. 303) — mit dem Artikel »Einige Fragen des Unterrichtes der politischen Ökonomie« eingeleitet wurde, enthält der Kurzaufsatz *Marxistische Ökonomie in der Sowjetunion* (1945). Lange unterstützt hier unter Rekurs auf Marx die bislang von der Sowjetökonomie abgelehnte, doch jetzt rehabilitierte These, das Wertgesetz gelte auch — wenngleich in eingeschränkter Weise — in einer sozialistischen Wirtschaft. Er unterscheidet dabei »zwischen der Werttheorie als einem Instrument zur Analyse der automatischen Prozesse des Marktes« — diesen Aspekt der Werttheorie lehnt er in Übereinstimmung mit den Sowjetökonomern ab — und »der Werttheorie als der Basis für die normativen Prinzipien der Wohlfahrtsökonomie«, die er in diesem Sinn akzeptiert (wobei diese Formulierung der »Anwendung des Wertgesetzes im Sozialismus« nicht unbedingt von der Sowjetunion gebilligt würde). So sehr der Autor die erste Abkehr der sowjetischen Theorie vom naturalwirtschaftlichen Dogmatismus begrüßt, so unzureichend ist sie für ihn, solange sie nicht vermittelt »einer Integration der Methoden und Techniken der Grenznutzenanalyse« eine »adäquate Anleitung für die Führung der sowjetischen Wirtschaft« zu schaffen vermag.

Der in Polen 1958 veröffentlichte Essay *Marxismus und bürgerliche Ökonomie* entwickelt nochmals das im ersten Aufsatz diskutierte Thema, setzt jedoch einige wichtige neue Akzente, die zweifellos durch die Erfahrung des Stalinismus und des polnischen Okto-

ber von 1956 geprägt sind. Was die Verwendbarkeit der neoklassischen Mikroökonomie für die sozialistische Planwirtschaft anlangt, spricht sich Lange für die Grenznutzenanalyse und das Instrumentarium der Differentialrechnung zur Lösung von Maximierungs- beziehungsweise Minimierungsproblemen aus; die entsprechenden »praxeologischen« Ansätze finden wir besonders in der Unternehmensbeziehungsweise Produktionstheorie (Lausanner Schule, Marshall u. a.). Gleichzeitig lehnt er jedoch die »hedonistischen« Ausgangspositionen der Nutzen- beziehungsweise Haushaltstheorie (Österreichische Schule, Paretos diesbezügliche Aussagen) entschieden ab. Die Kritik des Verfassers an der vom Stalinismus geprägten sowjetischen Theorie, die den Interessen der herrschenden Bürokratie entsprach, führte — wie Brus in seinem ausgezeichneten Vorwort zeigt — zu einem Gegenangriff der Orthodoxen gegen Lange und leider auch zu einer Abschwächung einiger kritischer Aussagen in einer späteren polnischen Fassung dieses Textes.

In den drei folgenden Studien, die sich auf Probleme der amerikanischen Wirtschaft beziehen, *Kapitalverluste als gesellschaftlicher Vorteil* (1937), *Preisflexibilität und Beschäftigung* (1944) und *Demokratisches Vollbeschäftigungsprogramm* (1941/43) wird in durchaus eigenständiger Weise eine der sozialistischen (keinesfalls marxistisch-orthodoxen) Tradition entsprechende gesellschaftskritische Grundposition mit sowohl neoklassischen als auch keynesianischen analytischen Ansätzen verbunden. Daraus ergibt sich eine Reihe von kurz- und langfristigen programmatischen Aussagen.

Hier einige der Hauptthesen in stark vereinfachter Form:

— Die Konzentrationstendenzen, die zu Oligopol- und Monopolpraktiken führen, können zwar im Hinblick auf das private Unternehmen rational sein, sie verletzen jedoch gravierend das Prinzip der volkswirt-

schaftlichen und gesellschaftlichen Rationalität.

- Preisflexibilität als notwendige Voraussetzung eines funktionstüchtigen Marktmechanismus, der ein gleichgewichtiges Wachstum und Vollbeschäftigung sicherstellt, kann nur unter Wettbewerbsbedingungen und bei einem entsprechenden Geldsystem positive Wirkungen zeitigen (dies war im Zeitraum zwischen den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts und 1914 in etwa der Fall, jedoch keinesfalls in den folgenden vier Jahrzehnten).
- In der gegenwärtigen Periode gehen vom Preismechanismus als zentralem Element der Selbstheilungskräfte des Marktes keine Impulse zugunsten des ökonomischen Gleichgewichts aus; im Interesse der Stabilität und der Vollbeschäftigung ist daher eine antimonopolistische Wettbewerbspolitik, öffentliche Ausgabenförderung und nicht zuletzt eine Sozialisierung bestimmter Wirtschaftszweige — insbesondere der Schlüssel- und Grundstoffindustrien sowie des Bankwesens — erforderlich.
- Ein öffentliches Ausgabenprogramm linkskeynesianischer Prägung (Förderung des Bildungs- und Gesundheitswesens, der sozialen und technischen Infrastruktur usw.) ist nur als »kompensatorische« Hilfsmaßnahme zu empfehlen, die nicht zur völligen Abhängigkeit vom Staat führen darf. Langfristig gilt es, eine »Reorganisation der Wirtschaft« zu initiieren, etwa durch verschärfte Antimonopolgesetze, mittels einer »Preis- und Produktionsregelung durch öffentliche Behörden« und durch »öffentliches Eigentum«.
- In Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Demokratisierungsprozeß in Gang zu setzen, der autoritäre Entscheidungsformen in den Betrieben durch Partizipation der Arbeiter, Angestellten und Konsumenten abzubauen verhilft, den freien Zu-

gang zur Gewerkschaftsorganisation ermöglicht und die Unabhängigkeit der Massenmedien gewährleistet.

Die bahnbrechende Studie »Zur ökonomischen Theorie des Sozialismus« (1936/37, neu herausgegeben 1938), die endlich in deutscher Sprache erscheint, wird nicht zu Unrecht als der wichtigste theoretische Vorläufer der osteuropäischen Reformliteratur betrachtet. Hier entwickelt Lange sein »sozialistisches Konkurrenzmodell«, demzufolge die Konsumgüterverteilung und die Allokation der Arbeitskräfte — in beiden Bereichen auf Grund freier Wahl der Individuen — marktmäßig erfolgt, während der Produktionsgüterallokation mittels eines Quasi-Marktmechanismus gelenkt wird. Im ersten Fall (Konsumgüterwahl, Wahl des Berufs und Arbeitsplatzes) geht es um eine dezentrale Preisbildung und um autonome Entscheidungsprozesse auf Grund von Nutzen-Kosten-Erwägungen, im zweiten Fall (Produktionsmittelallokation) um die zentrale Festlegung von Gleichgewichtspreisen und konkurrenzähnlichen Spielregeln (Wahl der Produktionsmethode, bei der die Durchschnittskosten minimiert sind; Festlegung des Produktionsumfangs, bei dem Grenzkosten gleich sind dem Produktpreis). Im Unterschied zum Kapitalismus impliziert dieses System nach Lange eine sozialistische Einkommensverteilung ohne Klassenprivilegien (selbst wenn keinesfalls absoluter Gleichheit das Wort geredet wird) und trägt auch dem gesamtgesellschaftlichen Kosten-Ertrags-Kalkül besser Rechnung.

In einem Anhang zu diesem Aufsatz referiert der Autor über die Auffassungen von Marx und Engels, besonders aber von Karl Kautsky, zu der Alternative der naturalwirtschaftlichen oder der geldwirtschaftlichen Ressourcenallokation im Sozialismus. Er schließt sich dem Plädoyer Kautskys (Die Soziale Revolution, Berlin 1902; Die proletarische Revolution und ihr

Programm, Berlin 1922) für eine monetäre Lenkungsform an, wobei er seine Argumentation durch Aussagen von Lenin, Trotzki und Stalin zur »niedereren, sozialistischen Phase des Kommunismus« zu untermauern bemüht ist.

Im Beitrag »Computer und Markt« (1965) versucht Oskar Lange seine dreißig Jahre alten Thesen zur Rolle des Marktes, den er nach wie vor wegen seiner immensen Arbeitskapazität und seiner Qualität als gesellschaftlich-interessenbezogener Institution für unersetzbar hält, zu ergänzen. Andererseits räumt er ein, daß langfristige Investitionsentscheidungen dem Wirkungsbereich des Marktmechanismus zu entziehen seien, hier — im Bereich der langfristigen Optimalplanung — hätte die mathematische Programmierung, unterstützt vom Computer, ihren gebührenden Platz, den der Markt niemals einzunehmen imstande war.

Nicht so sehr wegen seiner wirtschaftstheoretischen, als vielmehr kraft seiner gesellschaftspolitischen Brisanz ist dem Artikel »Was ich unter Sozialismus verstehe« (1940) besonderes Gewicht beizumessen. Er enthält die folgende entschiedene Absage an das sowjetische Sozialismusmodell: »Ohne demokratische Praxis und Kontrolle ist politische Macht nichts als ein Privileg, das jenen wirtschaftliche Vorteile verschafft, die im Besitz der politischen Macht sind. Diesen Punkt haben die Sozialisten stets gegen alle aristokratischen (etwa den Tory-»Sozialismus«) und bürokratischen (den Staats-»Sozialismus«) »Sozialismen« ins Feld geführt, die industrielle und wirtschaftliche Demokratie versprochen, aber gleichzeitig die politische Macht als Monopol einer ausgewählten Gruppe erhalten wollten.

Mit derselben Argumentation traten die Sozialisten in jüngster Vergangenheit auch jenen Kommunisten entgegen, die glaubten, »die industrielle und wirtschaftliche Demokratie lasse sich errichten, wenn man eine einzige politische Partei mit unkontrollierten diktatorischen Machtbefugnissen ausstatte. Die tragische Erfahrung des sowjetischen Volkes hat die Richtigkeit der sozialistischen Auffassung nur zu klar bewiesen.« (S. 329)

Von geringerer Bedeutung als die vorhergehenden Beiträge sind die drei letzten Aufsätze (»Die Funktionsprinzipien der sowjetischen Wirtschaft« — 1944, »Wie ich mir Polens neues Wirtschaftsmodell vorstelle« — 1956, und »Probleme sozialistischer Planung« — 1965). Ungeachtet einiger interessanter Informationen und Überlegungen beeinträchtigt hier der »Geist der Zeit« — im ersten Aufsatz die Position der Sowjetunion als Partner im Krieg gegen den Faschismus, im dritten der partielle Rückzug des Demokratisierungsprozesses von 1956 in Polen — das kritische Engagement Oskar Langes.

Anstelle einer sich erübrigenden Gesamtwürdigung des bedeutsamen Sammelbandes sei das uns als zentral erscheinende Kredo des 1964 verstorbenen Sozialwissenschaftlers Oskar Lange zitiert: »Der Sozialismus wendet sich mit Nachdruck dagegen, daß die gesamte Produktion Staatsbesitz ist und von der Regierung gelenkt wird. Er tritt für öffentlichen Besitz und seine öffentliche Lenkung in all den Bereichen ein, wo dies zur Sicherung der Produktion im Dienste der Allgemeinheit notwendig ist, und zwar gelenkt durch demokratische Selbstverwaltungskörperschaften, die von der politischen Führung unabhängig sind.« (S. 332 f.)